

Der lange Arm des Diktators

Belarussischer Aktivist wird erhängt aufgefunden

VON ULRICH KRÖKEL

Minsk Eine Spur führt sofort nach Minsk. Hat der belarussische Diktator Alexander Lukaschenko einen Oppositionellen im Ausland liquidieren lassen? Der Verdacht ist am Dienstag auf Anhiob da, als Passanten in einem Kiewer Park die Leiche von Witali Schischow entdeckten. Erhängt. Aber an einen Suizid glaubt niemand in seinem Umfeld. Denn der 26-jährige Demokratieaktivist war ein lebensfroher Mann, der für ein freies Belarus kämpfte.

Schischow hat die Massenproteste nach der umstrittenen Präsidentschaftswahl in Belarus vor einem Jahr mitorganisiert und musste in die Ukraine fliehen. In Kiew leitete er das „Belarussische Haus“, das Oppositionelle bei der Ankunft im Exil unterstützt. Und deshalb stand er offenbar auf dem Zettel von Lukaschenkos Machtapparat. „Witali wurde überwacht“, erklärt seine Organisation. „Wir wurden sowohl von ukrainischen Quellen als auch von Gewährsleuten in Belarus vor allen möglichen Provokationen bis hin zu Liquidationen gewarnt.“

Am Montag hatten Schischows Mitstreiter den Aktivist als vermisst gemeldet, als er vom morgendlichen Joggen nicht zurückkam. Und selbstverständlich stellen sich die Ermittler sofort die Frage: Zieht jemand Sportkleidung an und läuft erst einmal eine Runde durch einen Park, bevor er sich an einem Baum aufhängt? Die Umstände des Leichenfundes sind so dubios, dass die Staatsanwaltschaft nicht zögert, Mordermittlungen einzuleiten. Einen konkreten Verdacht äußern die Beamten aber nicht. Polizeichef Igor Klimenko sagte, an Schischows Lei-

Staatsanwaltschaft startet Mordermittlungen

che seien Schrammen an Nase, Knie und Brust festgestellt worden. Weitere Untersuchungen müssten zeigen, ob diese Verletzungen von Schlägen stammten.

Schischows Tod sei ein „Schock“, sagte die Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Menschenrechte, Gyde Jensen (FDP). „Nach den Erfahrungen der letzten Monate ist es zumindest sehr naheliegend, dass Schergen von Diktator Lukaschenko in seinen Tod verwickelt sein könnten.“ Für eine Beteiligung des Lukaschenko-Regimes spricht der intensivierte Kampf gegen Oppositionelle. Zuletzt hatten Polizei und Geheimdienst in Belarus fast täglich Wohnungen von Kritikern durchsucht und Menschen verhaftet. Boris Gorezki vom belarussischen Journalistenverband vermutet als Ziel „die vollständige Säuberung des Landes von Andersdenkenden zum Jahrestag der Präsidentschaftswahl am 9. August“. Damals hatten die Massenproteste begonnen.

Von einer Zunahme des Drucks zeugt auch der Fall der Sprinterin Kristina Timanowskaja bei Olympia in Tokio. Die Läuferin hatte sich kritisch über den Verband geäußert, der von Lukaschenko kontrolliert wird. Daraufhin versuchten Funktionäre, Timanowskaja zum Rückflug in die Heimat zu zwingen. Die 24-Jährige flüchtete zur Polizei und beantragte in der polnischen Botschaft Asyl. Der Fall Timanowskaja erinnert an die Entführung des Bloggers Protassewitsch im Mai in eine Flugzeug nach Minsk. „Die Botschaft solcher Aktionen: Niemand ist sicher, nirgendwo“, erklärte Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja im litauischen Exil. Der Todesfall Schischow in Kiew könnte dies nun auf tragische Weise bestätigen – und zugleich nur der Anfang gewesen sein. Tichanowskaja und ihre Mitstreiter fordern entschlossene Reaktionen der internationalen Staatengemeinschaft.



Wie ein Mahnmahl überragt das zerstörte Silo den verwüsteten Hafen von Beirut. Gleichzeitig ist das Bauwerk ein Symbol dafür, dass weder der Wiederaufbau des Hafens begonnen hat noch die Ermittlungen über die Explosion, die vor Jahresfrist mehr als 200 Todesopfer forderte.

Foto: Marwan Naami. dpa

Nach der Explosion kam die Depression

Libanon Vor einem Jahr tötete eine gewaltige Detonation im Hafen von Beirut mehr als 200 Menschen. Während die politische Elite die Ermittlungen seit Monaten blockiert, eskaliert die soziale Krise im Land

VON SIMON KAMINSKI

Beirut Der Hafen von Beirut sieht noch immer so aus, als hätte sich dort ein zorniger Riese ausgetobt. Schiffswracks, bizarr verbogene Kräne und Berge von Schutt – alles überragt durch die Ruine des riesigen Silos. Ein Bild mit trauriger Symbolkraft für den ungebremsten Niedergang des einstmaligen reichen Libanons. Exakt ein Jahr nach der gewaltigen Explosion, die am 4. August 2020 über 200 Opfer und tausende von Verletzten gefordert hat und ganze Stadtviertel verwüstete, liegt Agonie und Verzweiflung wie Mehltau über dem Land.

Den Reiseeinschränkungen durch die Corona-Pandemie hat es die Gründerin der Hilfsorganisation „Zeltschule“, Jacqueline Flory, zu verdanken, dass sie anders als geplant erst einige Tage nach der Explosion in Beirut eintraf: „Es war unfassbar. Beirut sah aus wie eine syrische Stadt nach dem über Jahre andauernden Krieg. Nur, dass sich die Zerstörung in nur wenigen Sekunden ereignete.“

Aktuell ist Flory wieder in der libanesischen Hauptstadt. Sie spricht von einer „großen Hoffnungslosigkeit“ in der Bevölkerung, die ohnehin schon durch die Corona-Pandemie geschwächt ist. Es fehlt an fast allem. Trinkwasser wird immer knapper, Strom gibt es nur stunden-

weise. Viele Lebensmittel, Hygieneartikel, Medizin oder Benzin sind nicht nur Mangelware, sondern haben sich nach der Explosion extrem verteuert. Der Libanon ist schließlich traditionell in vielen Bereichen von Importen abhängig. Doch dafür fehlt es dem nahezu bankrotten Staat nicht nur an Devisen, sondern auch an einem funktionsfähigen Hafen in der Hauptstadt.

Zudem sind die Banken in eine tiefe Krise gerutscht, parallel leiden die Libanesen unter einer Hyperinflation. Der Staat ist weitgehend abgetaucht. „Vor dem 4. August 2020 war er noch durch Polizeisperren und Militärkontrollpunkte präsent. Danach – als die Menschen Hilfe der Behörden dringend benötigten – ist er völlig ausgefallen“, sagt Flory. Viele Beirutler haben der Civil Defense ihr Leben zu verdanken. Also ehrenamtlichen Helfern, die löschten und Menschen aus den Trümmern ihrer Häuser retteten. Ihre Ausrüstung müssen die Einsatzkräfte selber bezahlen. „Wir haben diese Helfer massiv unterstützt“, sagt Flory im Telefongespräch aus Beirut mit unserer Redaktion.

Auch für den Verein „Zeltschule“ wird die Arbeit durch die sich verschärfende Krise noch komplizierter: „Es wird alles immer teurer, aber wir haben keine Wahl. Wir machen weiter“, versichert Flory. Jetzt soll die 18. Schule im Libanon eröff-

net werden. Weitere 17 Schulen betreibt „Zeltschule“ auf der syrischen Seite der Grenze. Insgesamt sind es derzeit mehr als 7200 Mädchen und Jungen, die in Zelten oder angemieteten Räumen unterrichtet werden. Eine Chance auf Bildung, die die jungen Syrer für die Zeit nach dem Krieg wappnen soll – auch vor Extremismus. Jetzt ist geplant, erstmals eine Schule für libanesischen Kinder zu eröffnen. Vielen Familien fehlt schlicht das Geld für den Schulbesuch ihres Nachwuchses.

Die soziale Lage der Bevölkerung wird immer prekärer. Eine Analyse der Kinderrechtsorganisation „Save the Children“ ergab, dass Familien aus allen Einkommensschichten tiefer in die Armut gerutscht sind. Danach können sich 47 Prozent der Libanesen und fast 90 Prozent der syrischen Geflüchteten – ihre Zahl

wird auf rund 1,5 Millionen geschätzt – Dinge des täglichen Bedarfs nicht mehr leisten.

Hinzu kommt eine schon lange wachsende ohnmächtige Wut auf die korrupten politischen Eliten, die sich seit Jahren immer wieder in Demonstrationen und teils auch gewaltsamen Protesten entlädt. In das düstere Bild passt, dass die offiziellen Ermittlungen über die Explosion im Hafen bisher im Sande verlaufen sind. Es ist offensichtlich, dass die Elite alles tut, um die Untersuchungen zu blockieren. Ungeklärt ist bis heute, wer dafür Verantwortung trägt, dass riesige Mengen der explosiven Chemikalien nahezu ungesichert im Hafen gelagert wurden.

Desillusioniert verfolgen die Libanesen den politischen Machtkampf, der seit Monaten tobt. In der letzten Woche beauftragte Präsident Michel Aoun den 65-jährigen Milliardär Nadschib Mikati mit der Regierungsbildung. Doch der Unternehmer Mikati, der bereits 2005 und 2011 Ministerpräsident war, gilt als Vertreter der alten Elite, die im Libanon fast jegliches Vertrauen in der Bevölkerung verloren hat. Dennoch hätte es einen Vorteil, wenn es gelingen würde, endlich eine Regierung zu installieren. Denn der französische Präsident Emmanuel Macron hat – wie auch weitere potenzielle Geldgeber – weitreichende finanzielle Unterstüt-

zung eben davon abhängig gemacht. Das politische System ist kompliziert. Der Staatspräsident ist immer ein Christ, die Sunniten stellen den Regierungschef und die Schiiten den Parlamentspräsidenten. Dadurch sollten einst Spannungen zwischen den Religionen minimiert werden. Doch was einmal recht gut funktionierte, symbolisiert heute eine alles lähmende politische Verkrustung.

Jacqueline Flory verfolgt die Situation mit Skepsis. „Das Land braucht dringend Veränderungen. Zunächst müsste die Hisbollah ihre Machtposition aufgeben. Doch das wird sie freiwillig kaum tun.“ Die schiitische Miliz hatte als einzige der Kontrahenten im libanesischen Bürgerkrieg 1975 bis 1990 ihre Waffen nicht abgegeben. Heute kommt an ihr keiner vorbei – sie gilt als Staat im Staate.

Bleibt die vage Hoffnung, dass sich eine junge Generation formiert, die unabhängig von Religion und Herkunft entschlossen ist, das Land zu modernisieren. Doch derzeit ist Resignation das Gefühl, das viele junge Libanesen beherrscht. Viele gut ausgebildete Männer und Frauen wollen weg. „Seit ich in Syrien und dem Libanon tätig bin, hat mich noch nie ein Syrer gefragt, wie er nach Deutschland kommen kann. Libanesen fragen mich derzeit sehr oft, ob sie ein Visum bekommen können“, sagt Flory.



Immer wieder entzündet sich gewalttätige Proteste in Beirut. Foto: dpa

Kapitolsturm: Schon vier Polizisten beging Suizid

USA Mehr als ein halbes Jahr nach der Attacke auf das Parlament wirken die dramatischen Stunden des 6. Januar nach

VON KARL DOEMENS

Washington Der bullige Beamte wirkt nicht, als wäre er leicht aus der Fassung zu bringen. Seit 13 Jahren arbeitet Harry Dunn bei der Washingtoner Kapitolspolizei. Doch als der Afroamerikaner jetzt vor dem Untersuchungsausschuss zum blutigen Putschversuch vom 6. Januar aussagte, konnte er seine Emotionen kaum zurückhalten: „Was wir an diesem Tag erlebt haben, war traumatisierend.“ Offen berichtete Dunn von der Therapie, die er anschließend gemacht hat. „Wenn Sie darunter leiden, nehmen Sie bitte Hilfe in Anspruch“, wandte er sich an seine Kolleginnen und Kollegen.

Wie ernst der Rat des erfahrenen Beamten ist, wird derzeit auf beklemmende Weise deutlich: Schon im Januar hatten sich zwei Polizisten, das das Kapitel verteidigt hatten, das Leben genommen. Am vergangenen Donnerstag, zwei Tage nach der Anhörung des Untersuchungsausschusses, erschoss sich ein 43-jähriger Washingtoner Polizist in

seinem Haus. Und am Montag wurde bekannt, dass sich bereits Mitte Juli ein 26-jähriger Kollege das Leben genommen hat. Die Motive sind nicht in allen Fällen klar. Aber die Selbsttötungen haben eines gemeinsam: Alle vier Männer waren beim Kapitolsputsch im Einsatz.

Die Szenen, die sich am 6. Januar im und um das Washingtoner Parlament abspielten, sind auch nach mehr als einem halben Jahr schockierend: Ein aufgebrachter Mob bepöbelte die hoffnungslos überforderte Polizei, die das Gebäude sichern sollte, als „Nazis“ und „Veräter“. Harry Dunn berichtete, wie er rassistisch mit dem N-Wort beleidigt wurde, was ihm nie zuvor im Dienst passiert sei.

Es blieb nicht bei verbalen Attacken. Später setzten die Aufrührer Bärenspray und Fahnenstangen gegen die Beamten ein und warfen mit Steinen und Flaschen. Jeffrey S., einer der beiden Polizisten, die sich wenige Tage nach dem Einsatz das Leben nahmen, wurde von einer Metallstange am Kopf getroffen.



Kapitolspolizist Dunn umarmt einen Kollegen nach der Anhörung. Foto: dpa

Sein Kollege Aquilino Gonell, ein Ex-Soldat, sagte im Untersuchungsausschuss aus, er habe während des Irak-Krieges nicht so viel Angst gehabt wie an jenem Tag auf dem Capitol. Insgesamt 140 Polizisten wurden bei den Unruhen verletzt, die durch eine Rede des Ex-Präsidenten

Donald Trump ausgelöst worden waren, in der er seine Anhänger aufrief, „wie der Teufel“ gegen die Zertifizierung des Wahlergebnisses im Parlament zu kämpfen. Ein Polizist erlitt während der brutalen Attacken einen Herzinfarkt und starb am nächsten Tag. Vier Protestler kamen ums Leben.

Die Familien von Howard L. und Jeffrey S., die sich nach dem versuchten Kapitolssturm das Leben genommen hatten, sehen die beiden Polizisten als Opfer des blutigen Aufstands und kämpfen dafür, dass ihr Tod als Folge der Ausübung des Amtes anerkannt wird. „Wenn er an dem Tag nicht zur Arbeit gegangen wäre, wäre er noch am Leben“, sagte Erin S., die Witwe von Jeffrey S., der *Washington Post*. Wie zuvor schon diese beiden Beamten würdigte Parlamentspräsidentin Nancy Pelosi am Montag auch Gunther H. als „Helden“. Der Polizist, der sich am Donnerstag erschoss, hinterlässt eine Frau und drei Kinder.

Trotz dieser tragischen Nachwirkungen wird der 6. Januar von den

Republikanern verharmlost. Früh hatten Donald Trump und seine Vertrauten behauptet, die Aufrührer seien in Wirklichkeit linke Antifa-Aktivisten gewesen. Nun verbreiten ultrarechte Abgeordnete wie Matt Gaetz die Verschwörungszählung, das FBI habe die Milizen infiltriert und zum Aufstand angestachelt. „Große Teile der Demonstranten waren friedlich“, behauptet Senator Ron Johnson.

Diese Art von radikaler Realitätsverweigerung, klagt der Polizist Michael Fanone, der am 6. Januar mit einem Elektroschocker malträtiert wurde, mache den Umgang mit dem Erlebten noch schwieriger: „Ich fühle mich, als wenn ich durch die Hölle gegangen bin, um die Leute in diesem Raum zu verteidigen“, sagte der 40-Jährige im Untersuchungsausschuss, „und nun sagen mir zu viele, dass die Hölle gar nicht existiert oder nicht so schlimm war“. Für die Gleichgültigkeit, mit der seinen Kollegen begegnet werde, hatte Fanone nur ein Adjektiv übrig: „Erbärmlich.“